

Hauptbahnhof ist Österreichs beliebtester Bahnhof

Ranking.

Der Wiener Hauptbahnhof hat beim diesjährigen VCÖ-Bahntest bei den großen Bahnhöfen den ersten Platz ergattert – zum fünften Mal in Folge. Nach 13 Kriterien, wie Sauberkeit und Barrierefreiheit, haben rund 10.000 Fahrgäste die Bahnhöfe bewertet. Beim Bahnhof Meidling (Platz 9) wird vor allem die Aufenthaltsqualität bemängelt.



GILBERT NOVY

Mehr als 20.000 Wiener leiden an Long-Covid-Beschwerden

Corona. Wiener ÖVP fordert Netzwerke für die optimale Behandlung

VON JOSEF GEBHARD

Extreme Erschöpfungszustände, Herzprobleme oder Atemschwierigkeiten sind nur die wichtigsten einer großen Zahl von Beschwerden, die auf eine Long-Covid-Erkrankung hinweisen können. Dabei handelt es sich um eine (individuell sehr unterschiedliche) Störung, die oft auch Monate nach einer Corona-Infektion nicht verschwunden ist. Nicht selten sind die Beschwerden so stark, dass die Patienten nicht mehr ihrer Arbeit nachgehen können.

Betroffen sind mehr als 70 Prozent der Corona-Spitalspatienten. Allein in Wien dürfte es nach vorsichtigen Schätzungen aktuell mehr als 20.000 Patienten geben. Und es werden mit Fortschreiten der Pandemie immer mehr, weil es sehr lange dauert, bis die Erkrankten (wenn überhaupt) wieder genesen.

Wie in anderen Bundesländern sind auch in Wien medizinische Angebote, die sich auf die Behandlung der Patienten mit diesem derart komplexen Krankheitsbild spezialisiert haben, noch Mangelware.

Und so kommt es, dass oft ein halbes Jahr oder

„Es braucht große Kraftanstrengung und einen Schulterschluss von allen Akteuren“

Ingrid Korosec
ÖVP-Gesundheitssprecherin

sogar noch mehr Zeit vergeht, bis die Betroffenen überhaupt die richtige Diagnose erhalten. Das schildert Mariann Pavone-Gyöngyösi vom AKH, die sich mit Long Covid beschäftigt.

Sie plädiert für den Ausbau von Spezialambulanzen, wo der Großteil der nötigen

Untersuchungen an einem Termin durchgeführt werden kann. Das würde den Patienten ersparen, monatelang von Arzt zu Arzt zu irren.

Aufholbedarf

Neben dem AKH beschäftigen sich im wesentlichen erst das Herz-Jesu-Spital und das Krankenhaus der Barmherzigen Schwestern mit dieser neuen, enorm großen Patientengruppe. „Wir haben in unserer Long-Covid-Ambulanz 250 Patienten“, sagt Edmund Cauza vom Herz-Jesu-Spital. „Wobei sie alle aus unserem hausinternen Covid-Reha-Programm stammen. Für zusätzliche Patienten von außen reichen unsere Kapazitäten nicht.“

In Wien müsste es vier bis fünf Long-Covid-Ambulanzen mit jeweils drei Ärzten geben, schätzen Experten. Sie aufzubauen in einer Zeit, in der das Gesundheitssystem ohnehin schon mit

Covid-Akutpatienten mehr als ausgelastet ist, ist aber enorm schwierig.

Geht es nach der ÖVP, sollen eigene Long-Covid-Netzwerke errichtet werden. Vom Hausarzt über die Spezialambulanzen und Rehabilitations bis hin zu den Selbsthilfegruppen sollen alle relevanten Institutionen beteiligt sein.

„Wartezeiten von mehreren Monaten in den Spezialambulanzen sind nicht akzeptabel. Mit der Bildung eines Netzwerkes ließe sich zielgerichtete Diagnose und Therapie anbieten“, betont Gemeinderat und Mediziner Michael Gorlitzer.

„Um den Betroffenen die nötige Behandlung zukommen zu lassen, braucht es einen Schulterschluss von allen Akteuren“, sagt auch ÖVP-Gemeinderätin Ingrid Korosec. Sie möchte jetzt die nötigen Schritte mit Gesundheitsstadtrat Peter Hacker (SPÖ) besprechen.

2-G-plus: Doch kein Wiener Sonderweg für die Feiertage

Nach Interview ruderte Hacker zurück

Verwirrung. Am Küniglberg klingt der Wiener Gesundheitsstadtrat Peter Hacker relativ klar. Im ZiB-2-Studio darauf angesprochen, ob es sein könne, dass Wien für die Feiertage die 2-G-plus-Regel (geimpft/genesen und PCR-getestet) einführe, sagte der SPÖ-Politiker Donnerstagabend: „Ja. Aber dann kommt es nicht zwischen den Feiertagen, sondern schon vor den Feiertagen – damit wir uns darauf einstellen können.“

Wenige Stunden später, am Freitag, wollte er nichts mehr davon wissen. Hacker habe in dem Interview lediglich eine „theoretische Option in den Raum gestellt“, kalmierte ein Sprecher auf KURIER-Anfrage.

Die Aussage des Stadtrats sei „konkreter herübergekommen, als sie tatsächlich gemeint war“. Man werde die Verordnung des Bundes übernehmen.

Soll heißen: In Wien gelten für Treffen und in der Gastronomie an den Feiertagen grundsätzlich die gleichen Regeln wie im Rest des Landes. Das werde laut dem Hacker-Sprecher bis Jahresende auch so bleiben – sofern „nichts Größeres passiere“.

Wo Wien strenger ist

Die bereits jetzt geltenden strengeren Vorschriften in einigen wenigen Bereichen behält Wien allerdings bei. So dürfen zu Veranstaltungen ab 25 Personen im Freien nur Geimpfte oder Genese kommen, die zusätzlich einen aktuellen PCR-Test vorweisen können. Hier gilt also die 2-G-plus-Regel. Das ist etwa für Fußballspiele relevant. Selbige Regel ist auch für Besuche

in Spitälern und in Pflegeheimen vorgeschrieben.

Komplett vom Tisch ist Hackers 2-G-plus-Vorstoß für weitere Lebensbereiche aber nicht. Ob es zu Verschärfungen kommt, hänge davon ab, wie sich im Jänner die Lage mit der immer weiter vordringenden Virus-Variante Omikron darstelle, ist aus dem Rathaus zu hören.

Sollte dann wegen ausufernder Infektionszahlen wieder ein Lockdown in Sicht sein, könnte Wien doch noch einen Sonderweg einschlagen. Anstatt die Stadt hinunterzufahren, könnte man auf 2-G-plus umschwenken – um weiterhin ein gewisses soziales und wirtschaftliches Leben zu ermöglichen. „Anderere Bundesländer können nur auf- und zusperrten. Durch unser breites Testsystem haben wir mehr Optionen“, heißt es aus dem Hacker-Büro.

Gemeint ist damit das PCR-Testen mit „Alles gurgelt“, auf das der Stadtrat auch in der ZiB2 stolz verwies. Der Bund könne schließlich keine 2-G-plus-Regel für ganz Österreich aufstellen, weil es kein entsprechendes Testangebot gebe. Wien werde dagegen „weiterhin auf dieser Säule aufbauen“ und auf einem „vorsichtigen Weg“ bleiben.

Wenig erfreut über Hackers ZiB-2-Auftritt dürfte übrigens Bürgermeister Michael Ludwig gewesen sein. Man interpretiere die Aussagen des Gesundheitsstadtrats als „Gesprächsbeitrag“, ist aus Ludwigs Umfeld zu hören. Das letzte Wort habe aber immer noch der Bürgermeister.

STEFANIE RACHBAUER



APA/GEORG HOCHMUTH

Peter Hacker kündigte am Donnerstag eine Ausweitung von 2-G-plus an, am Freitag war sein Büro um Kalmierung bemüht

Wiener Ansichten



VON BARBARA BEER

Die Lobau braucht eine Therapie. Daher machen wir jetzt eine paradoxe Intervention und reden nicht von Tunneln, Autos und Lkw, sondern von Fahrrädern.

Im Redaktionskomitee ist man der Auffassung, dass das Fahrrad ein Verkehrsmittel ist. Dem in Wien zu wenig entgegengekommen wird. Der Bürgermeister stellte im Interview mit dem Profil nun einen Vergleich zwischen Wien und Kopenhagen an. Er kam zum überraschenden Schluss, dass Wien hier gut abschneide. Es gäbe allein in Transdanubien mehr Radwege als in „Kopenhagen, das immer als Fahrradmusterstadt genannt wird“. Nona. Der 21. und der 22. sind zusammen

mehr als eineinhalb mal so groß wie Kopenhagen, das, wir haben vor Ort recherchiert, tatsächlich eine Fahrradmusterstadt ist. In Wien ist Rad fahren lebensgefährlich. Allein die schmalen Fahrradstreifen entlang der parkenden Autos: Wenn einer gach eine Tür aufmacht, bist du als Radler weg.

Was Fahrräder nicht sind: Unser präferiertes Fortbewegungsmittel im Wald. (Liebe Naturfreunde, deren stellvertretender Vorsitzender Ex-Verkehrstadtrat Rudi Schicker ist: Eure Werbung fürs Radeln im Wald und am Berg geht mir auf die Nerven.) Auch die Lobau wird einschlägig heimgesucht, und zwar von Nachradlern, die mit Stirnlampen durchs Unterholz preschen und die Tiere stören. Im Redaktionskomitee führt das zu De-

batten. Die Liberalen sagen: Es führen sich nicht alle Wald-Radler so auf, wir haben nix gegen Bikes auf dafür freigegebenen Routen. Die konservative Fraktion bleibt stur und sagt: Macht die Stadt für nicht motorisierte Verkehrsteilnehmer sicherer und überlasst den Wald lieber den Viechern und Flaneuren.

Wie erholsam ein Wald ohne Mountainbiker ist, sieht man im Lainzer Tiergarten. Zwei- und Vierbeiner haben ihre Ruh'. Dass hier jährlich eine Million Besucher herkommen, merkt man diesem Naturschutzgebiet nicht an. Der Lainzer Tiergarten ist auch heuer wieder den ganzen Winter geöffnet. Danke an den Forstdirektor, das muss man auch einmal sagen.

barbara.beer@kurier.at



Therapiestunde

Semesterticketpreise: Wiener Linien verurteilt

Unterschiedliche Preise unzulässig

Öffis. Die Wiener Linien wurden vom Bezirksgericht Innere Stadt wegen Ungleichbehandlung verurteilt. Konkret wurde die Praxis für unzulässig erklärt, von Studierenden mit einem Hauptwohnsitz außerhalb Wiens 150 Euro für das Semesterticket zu verlangen, während Studierende mit Hauptwohnsitz in Wien nur 75 Euro bezahlen müssen.

Eingeklagt wurden von der Plattform [tickerstatung.at](https://www.tickerstatung.at) einerseits die Preisdifferenz von 75 Euro sowie andererseits eine Entschädigung in Höhe von 300 Euro für die erlittene persönliche Beeinträchtigung im Zusammenhang mit der Ungleichbehandlung.

Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig, zumal das Unternehmen in Berufung gehen kann. Der Kläger ist allerdings zuversichtlich, dass das erstinstanzliche Urteil bestätigt wird. Sollte das Urteil Rechtskraft erlangen, drohen den Wiener Linien insgesamt Rückforderungen in Millionenhöhe.

Seitens der Wiener Linien bestätigt man den Erhalt des Urteils. „Wir haben den erstinstanzlichen Urteilspruch gestern spät abends erhalten und werden diesen sowie unsere weiteren rechtlichen Schritte nun im Detail prüfen“, sagte Sprecher Daniel Amann zum KURIER.

ANDREAS PUSCHAUZ